

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 75 (2004)
Heft: 9

Artikel: Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener : "Das heutige Sparen geht an die Substanz"
Autor: Steiner, Barbara / Diener, Verena
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener

«Das heutige Sparen geht an die Substanz»

■ Barbara Steiner

Verena Diener, Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich, nimmt Stellung zu den Sparmassnahmen im Gesundheitswesen und zur Zweiklassenmedizin.

■ Frau Diener, in den letzten Monaten hatten Sie als Zürcher Gesundheitsdirektorin einschneidende Sparentscheidungen der Regierung zu vertreten. So wird beispielsweise die Streichung der psychiatrischen Klinik Hohenegg in Meilen aus der Spitalliste den Verlust von 200 Stellen nach sich ziehen. Nochmals über 200 Vollzeitstellen gehen in den Spitälern verloren. Wie gehen Sie mit Ihrer Rolle als Überbringerin solcher schlechter Nachrichten sowohl für Kranke wie für das Personal um? Verena Diener: Diese Rolle fällt mir immer noch schwer und belastet mich, denn ich sehe auch die Betroffenheit des Individuums und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

■ Die Reaktionen auf die Entscheide fielen emotional und heftig aus. Die Kritik zielte zum Teil nicht auf die Massnahmen, sondern auf Ihre Person: Sie seien kalt und berechnend. Waren Sie auf solche Angriffe vorbereitet? Diener: Ja. Aus der politischen Auseinandersetzung zur Spitalliste sind mir die emotionalen Reaktionen bekannt. Und doch gehen sie nicht spurlos an mir vorbei – auch heute noch.

■ War die Enttäuschung in der Bevölkerung auch deshalb so gross, weil die Stimmberechtigten, die Sie gewählt

Die Klinik Hohenegg in Meilen soll geschlossen werden. Die Leitung wehrt sich mit juristischen Mitteln gegen den Entscheid.

Foto: Andreas Wolfensberger

haben, mit Ihnen als Frau und als Grüne ganz andere Erwartungen verbunden? Diener: Ich habe aus der Bevölkerung unterschiedliche Reaktionen erhalten. Viele Leute sehen unsere schwierige Finanzlage und teilen die Ansicht der Regierung, dass dem nicht tatenlos zugeschaut werden kann. Und dann gibt es auch die Stimme der Direktbetroffenen, die sich vehement wehren gegen einen Abbau der Dienstleistungen. Dies hat aber kaum etwas zu tun mit meiner Rolle als grüne Politikerin. Grüne Politik hat sehr wohl auch etwas zu tun mit Begrenzungen und Nachhaltigkeit – auch im finanziellen Bereich.

■ Sie sagten letztes Jahr vor Ihrer Wiederwahl als Gesundheitsdirektorin, um auf die gegenwärtige Art der Politik im Kanton Zürich Lust zu haben, müsse man Masochistin sein. Wie sehen Sie dies heute?

Diener: «Lust» ist in der heutigen Zeit tatsächlich nicht das richtige Wort, um mein politisches Engagement zu definieren. Es ist vielmehr eine Form der Ernsthaftigkeit und der Bereitschaft, sich mit den aktuellen Fragen auseinander zu setzen und Antworten zu suchen, die nicht einfach in Sackgassen führen.

■ Insgesamt verlangt das Sanierungsprogramm 04 von der Gesundheits-

direktion Einsparungen von rund 290 Millionen Franken. War das Zürcher Gesundheitssystem derart aufgeblasen, dass nach den bereits früher realisierten Sparmassnahmen wie der Schliessung von neun Spitälern nochmals Eingriffe in dieser Grössenordnung drin liegen? Diener: Nein. Und darum geht das heutige Sparen an die Substanz. Ich meine, es ist wichtig, dass die Bevölkerung dies realisiert. Bei einer schlech-



ten Wirtschaftslage Steuern senken, Solidarität abbauen und gleichzeitig gleiche oder gar bessere Dienstleistungen vom Staat zu verlangen, ist heute nicht mehr möglich.

■ Wie stufen Sie den Zustand des Zürcher Gesundheitswesens im gesamtschweizerischen Vergleich ein? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren? Wären einheitlichere Strategien und vermehrte Kooperationen über die Kantons Grenzen hinweg wünschenswert?

Diener: Unsere Versorgungsqualität steht auch nach diesen Sparmassnah-

Zürich auf Sparkurs

Das Sanierungsprogramm 04 des Kantons Zürich soll den Staatshaushalt um 2,8 Milliarden Franken entlasten. Im Gesundheitswesen werden Einsparungen in der Höhe von 286 Millionen Franken verlangt. Die geplanten Massnahmen betreffen Akutspitäler, Psychiatrie und Verwaltung.

In der Psychiatrie sind bis 2007 total rund 71 Millionen Franken und nachher jährlich wiederkehrend 26,8 Millionen Franken zu sparen. Erreichen will dies die Regierung hauptsächlich mit dem Abbau von 300 Betten und 345 Vollzeitstellen. Die Klinik Hohenegg in Meilen, mit 148 Betten und 210 Stellen, soll per Anfang 2005 geschlossen werden. Dagegen wehrt sich die Leitung mit einer Beschwerde an den Bundesrat und einem Rekurs an die Kantonsregierung. Die Integrierte Psychiatrie Winterthur kann unter anderem Ausbauplan nicht wie geplant realisieren. Hier gehen 85 Stellen verloren. Zur Kostensenkung beitragen sollen weiter billigere Medikamente, eine höhere Bettenzahl pro Station, weniger qualifiziertes Personal und weniger Vielfalt bei den Therapien. Bereits letztes Jahr ist die Psychiatrische Klinik Sonnenbühl in Brütten zugewandert.

Bei den Spitälern verzichtet die Zürcher Regierung anders als in der Psychiatrie darauf, ganze Häuser zuzumachen. Nach den 9 Spitalschliessungen 1998 gibt es im Kanton heute noch 18 Kliniken. Ihr Sparbeitrag beläuft sich auf 166 Millionen Franken. Sie erhalten vom Kanton Vorgaben in Form eines reduzierten Globalbudgets. Den Spitälern steht es dann frei, wo sie den Sparhebel ansetzen wollen. Bereits konkret ist eine Vorgabe an das Zürcher Unispital: Es muss 13 Betten streichen und 31 Stellen abbauen. Generell werden die Grundversicherten in den Zürcher Spitälern künftig weniger intensiv betreut. Durch Effizienzsteigerung und Standardreduktion in der Pflege sollen sich 127 Stellen einsparen lassen. Insgesamt werden im Spitalbereich über 200 Stellen abgebaut. Mittel- und langfristig sollen Fachgebiete in bestimmten Spitälern konzentriert und Kompetenzzentren eingerichtet werden. Neu will die Gesundheitsdirektion auch einheitliche Richtlinien für Zimmerstandards bei Neubauten erlassen.

Zu den Massnahmen in der Psychiatrie und im Spitalbereich kommen Einsparungen auf Verwaltungsebene in der Höhe von 49 Millionen Franken. (bas)

men noch gut da – auch im inner-schweizerischen Vergleich. Aber wir haben uns von den maximalen Anforderungen verabschiedet. Eine vermehrte Kooperation über die Kantons Grenzen hinweg wird von mir immer wieder angestrebt. Gerade in der Konzentration der hochspezialisierten Medizin der Universitätsspitaler läge noch wesentliches Sparpotenzial – aber die Widerstände sind heftig.

■ Die Grundversicherten werden in den Zürcher Spitälern künftig weniger intensiv betreut. Was bedeutet dies ganz konkret im Spitalalltag? Diener: Es wird häufiger Perioden

geben, in denen die Pflege von der Stufe «angemessen» auf die Stufe «sicher» heruntergehen muss. Das heisst, dass im Einzelfall nicht mehr auf alle individuellen Wünsche und Gewohnheiten der Patienten eingegangen werden kann, sondern dass sich die Patienten stärker an die Spitalabläufe anpassen müssen. Beispielsweise können Patienten mit motorischen Störungen in den Spitzenzeiten vom Pflegepersonal angekleidet werden, weil es schneller geht, anstatt dass man ihnen nur Hilfe leistet und sie somit ihre Feinmotorik trainieren könnten.

Gastro- Marken à la carte.

ZAGG

Halle 1
Stand 195



Pistor weiss, was erfolgreiche Küchenchefs brauchen. Mit unserem Vollsortiment liefern wir Ihnen alles, was Sie brauchen, um erfolgreich kochen zu können. Flexibel, zuverlässig und zu fairen Preisen. Und mit einem Dienstleistungsangebot, das seinesgleichen sucht. Pistor, der zuverlässige Partner für die Gastronomie.

100 % Pistor
100 % Gastro-Service

Ihr Gastro-Marken-Lieferant

Pistor Bäckerei-Konditorei-Gastro-Service
CH-6023 Rothenburg, Telefon 041 289 89 89, Fax 041 289 89 90
info@pistor.ch, **www.pistor.ch**

Verena Diener



Die 55-jährige Verena Diener wurde 1995 in den Zürcher Regierungsrat gewählt und steht seither der Gesundheitsdirektion vor. Von 1987 bis 1998

wirkte sie als Nationalrätin der Grünen, von 1992 bis 1995 war sie Präsidentin der Grünen Partei Schweiz. Vor einigen Wochen hat sie diese verlassen und zusammen mit Nationalrat Martin Bäumle die Grün-liberale Partei des Kantons Zürich (Gliz) gegründet. Begonnen hatte sie ihre politische Karriere in ihrer damaligen Wohngemeinde Buch am Irchel, wo sie in verschiedenen Kommissionen tätig war. Diener ist Mutter von zwei eigenen Töchtern und zwei Pflegesöhnen. Sie arbeitete als Primarlehrerin, Legasthenie-Therapeutin, Betreuerin drogenabhängiger Frauen und Teilzeitdozentin für Ökologie. Heute lebt sie in Zürich. (bas)

■ *Können Pflegende, die ihren Beruf mit Überzeugung und Herzblut ausüben, ihren eigenen Ansprüchen unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch gerecht werden?*

Diener: Die von der Pflegekommission und Gesundheitsdirektion festgelegten Standards entsprechen den Standards, die in den Pflegeausbildungen gelehrt werden, es gibt daher keinen Widerspruch. Es ist Zeit, dass wir alle ein Verständnis dafür entwickeln, dass heutzutage nicht mehr alles, was vielleicht wünschenswert oder machbar wäre, aus Steuermitteln auch bezahlbar ist.

■ *Gesundheitsdirektion und Pflegedienst-Kommission haben soeben Mindestanforderungen in kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern festgelegt. Wer garantiert, dass sie nicht in einer der nächsten Sparrunden über Bord geworfen werden? Wo hört das Sparen auf?*

Diener: Der heute mögliche Standard ist angemessene Pflege, in Belastungszeiten darf sichere Pflege angeboten werden. Die nächstuntere Stufe wäre die «gefährliche Pflege», bei der Patientinnen und Patienten tatsächlich zu Schaden kommen könnten, und das kommt für mich nicht in Frage.

■ *Sie vertreten die Ansicht, die Zweiklassenmedizin sei bereits im Krankenversicherungsgesetz mit Grundversicherten und Zusatzversicherten angelegt. Stehen Sie hinter diesem Prinzip? Gäbe es Alternativen?*

Diener: In der Schweiz gibt es in vielen Bereichen eine Mehrklassengesellschaft. Solange sich alle Patientinnen und Patienten darauf verlassen können, dass sie, wenn es ihnen schlecht geht, ungeachtet ihrer Versicherungs-kategorie die notwendige medizinische und pflegerische Behandlung bekommen, ist die Versorgung gewährleistet. Will man in unserem Lande nur eine medizinische Versorgungsqualität, dann müsste man die Zusatzversicherungen abschaffen. Aber begüterte Menschen würden gewünschte zusätzliche Leistungen

dann einfach direkt mit ihren Mitteln einkaufen.

■ *Welche Art von Grundversorgung kann sich die Schweiz in Zukunft noch leisten? Nehmen die politischen Gremien auf eidgenössischer Ebene in dieser Diskussion ihre Verantwortung wahr?*

Diener: Wir alle sind nun gefordert, die Standards und Angebote der Grundversicherung zu definieren. Gerade auch im Hinblick auf künftige Möglichkeiten, die die medizinische Entwicklung bringen. Ich erwarte, dass der Bund und die anderen Kantone sich diesen Fragen ebenfalls stellen. Die Zeit drängt.

■ *Vor bald einem Jahr mussten Sie sich wegen Brustkrebs operieren lassen und sich nachher einer Chemotherapie unterziehen. Haben Ihre eigenen Erfahrungen als Patientin Ihre Position in der Spardiskussion beeinflusst?*

Diener: Nein. Das Spannungsfeld zwischen persönlicher Erwartung und gegebenen Möglichkeiten waren mir schon vor meiner Erkrankung bewusst. ■

Mindestanforderungen

Die Zürcher Pflegedienst-Kommission und die Gesundheitsdirektion haben vor dem Hintergrund der Sparmassnahmen bereits Mindestanforderungen an die Pflegequalität in kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern und Kliniken festgelegt. Sie sollen als Orientierungshilfe für das Pflegepersonal dienen und die Ansprüche der Patientinnen und Patienten kantonsweit einheitlich regeln. Die geltende Lehre definiert die vier Pflegestufen optimale Pflege, angemessene Pflege, sichere Pflege und gefährliche Pflege. Die Pflege von Patientinnen und Patienten in den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern soll sich laut einer Pressemitteilung von Pflegedienst-Kommission und Gesundheitsdirektion an der angemessenen Pflege ausrichten. Dabei werden die Patientinnen und Patienten unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Gewohnheiten gepflegt. In Belastungsspitzen komme die sichere Pflege zur Anwendung. Die Patientinnen und Patienten würden dabei mit dem Nötigen versorgt, seien nicht gefährdet und erlitten keinen Schaden. Die sichere Pflege dürfe keinesfalls unterschritten werden, heisst es im Communiqué weiter. Verwiesen wird darin weiter auf die Möglichkeit der Patientinnen und Patienten, zusätzlich zum obligatorischen Grundversicherungs-Paket Leistungen wie freie Arztwahl, Hotellerie-Komfort oder medizinisch nicht indizierte Angebote, die ausschliesslich das Wohlbefinden förderten, zu kaufen. Sie gehören nach Auffassung von Kommission und Gesundheitsdirektion nicht zum Auftrag der Pflege. (bas)